



Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Konsequenzen aus den Erkenntnissen über eine rechte Terrorgruppe

Drucksache 17/ 2000

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt mit Empörung die menschenverachtenden Verbrechen der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“. Der Schleswig-Holsteinische Landtag nimmt Anteil am Leid der Opfer und dem Leid ihrer Familien. Die Hinterbliebenen müssen endlich die volle gesellschaftliche Solidarität erhalten und können die vollständige politische und juristische Aufklärung der Hintergründe, sowie eine Verurteilung der Täter und Unterstützer dieses rechten Terrors erwarten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. dazu beizutragen, öffentlich Klarheit herzustellen über die Gründe von Fehleinschätzungen, sowie mögliches Fehlverhalten und Unterstützung rechter Strukturen durch Sicherheitsbehörden. Dazu muss eine parlamentarische Untersuchung unter Beteiligung unabhängiger Sachverständiger auf Landes- und Bundesebene erfolgen. Die ausschließlich auf Basis von Geheimdienstinformationen und geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollkommissionen von Bund und Ländern können dies nicht leisten. Betroffene und die Öffentlichkeit haben jedoch ein Recht auf vollständige Aufklärung der Hintergründe.
2. Weiterhin wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Rücknahme der Kürzungen bei Programmen gegen Rechtsextremismus und die Rücknahme der jüngst eingeführten „Extremismus-Klausel“, mit welcher gesellschaftlich-antifaschistische Bildungsarbeit pauschal kriminalisiert und geschwächt wird einzusetzen, sowie

3. die Zahl der V-Leute in Parteien, Organisationen, Kameradschaften und der gesamten rechten Szene, sowie die damit verbundenen Kosten unverzüglich zu veröffentlichen. Polizeiliche Ermittlungsarbeit darf nicht durch verdeckte Ermittler des Verfassungsschutzes behindert werden.
4. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, sich auch auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass alle politischen Gremien in diesem Zusammenhang öffentlich tagen, damit die Überprüfbarkeit staatlichen Handelns durch die Öffentlichkeit garantiert wird,
5. sich auf Bundesebene für ein Abschalten aller V-Leute der Verfassungsschutzämter bei der NPD einzusetzen, damit ein erneutes NPD-Verbotsverfahren nicht gefährdet wird,
6. sich nach den Ereignissen und Erkenntnissen über die Existenz einer Neonazi-Terrorgruppe klar und deutlich für ein NPD-Verbotsverfahren auszusprechen,
7. an einer länderübergreifenden Arbeitsgruppe zu einem erneuten NPD-Verbotsverfahren teilzunehmen.
8. Der Landtag fordert alle Menschen auf, sich im Sinne von Frieden, Freiheit und Völkerverständigung gegen Rassismus und Faschismus in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa zu wehren.

Begründung:

Rechte Terroristen des sogenannten "Nationalsozialistischen Untergrunds" haben offensichtlich über 10 Jahre lang in Deutschland unerkannt schwerste Verbrechen verübt, darunter eine Reihe kaltblütiger Morde, Sprengstoffanschläge und schwere Raubüberfälle. Sie töteten gezielt Mitbürger mit Migrationshintergrund und eine junge Polizistin. Dutzende weitere Menschen wurden teils lebensbedrohlich verletzt.

Angesichts dieser grausamen Serie von Kapitalverbrechen durch Neonazis in der Bundesrepublik ist eine öffentliche Aufklärung aller Vorgänge von großer Wichtigkeit. Die Verbrechen und ihr Verlauf, der Zahl und Identitäten der Helfer_innen und mögliches Fehlverhalten staatlicher Behörden müssen dringend aufgeklärt werden.

Insbesondere die Frage ob und wie Geheimdienste in die Verbrechen verwickelt sind, bedarf der öffentlichen Aufklärung. Es zeigt sich schon jetzt, dass die Verfassungsschutzämter viel stärker kontrolliert werden müssen. Aufklärung und Kontrolle dürfen nicht hinter verschlossenen Türen geschehen. Die Öffentlichkeit kann und muss ihr Informationsrecht ausüben können.

Staatliches Handeln ist kein Selbstzweck, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit verfolgt werden kann und darf. Wissen stellt für eine Demokratie keine Gefahr dar. Geheimnisschutz und im Geheimen operierende staatliche Institutionen hingegen befördern Lobbyismus, Korruption, Desinformation der Öffentlichkeit, schüren Miss-

trauen und schaden nicht nur dem Gemeinwohl, sondern auch dem Ansehen der Demokratie insgesamt.

Heinz-Werner Jezewski
und Fraktion